



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 16. Mai 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Gestern ertranken sieben Fliehende in der Ägäis. 13 weitere Menschen, die mit ihnen im selben Boot saßen, konnten gerettet werden.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-sieben-afghanen-ertrinken-in-der-aegaeis.1939.de.html?drn:news_id=882789 (15.05.18)
- Im Grenzland zwischen Myanmar und Bangladesch harren etwa 5000 geflohene Angehörige der Rohingya aus. Etwa 700.000 waren nach ethnischen Säuberungen in Myanmar Richtung Bangladesch geflohen, beide Länder vereinbarten die Rückführung. Doch weder zeigt Myanmar großes Interesse daran, die Menschen wieder aufzunehmen, noch haben die Geflüchteten selber das Vertrauen in die Regierung Myanmars, für ihre Sicherheit zu garantieren. Die bangladeschische Premierministerin Sheikh Hasina bezeichnet die myanmarische Regierung als Täter*innen, die nicht kooperieren.
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/rohingya-fluechtlinge-myanmar-rueckkehr-aung-san-suu-kyi> (04.05.18)
- Auf Grund steigender Zahlen Fliehender, die in Spanien und Griechenland ankommen, plant Frontex, die EU-Agentur, die Menschen vom Fliehen abhält, ihr Personal aufzustocken. Im neuen EU-Haushalt ist ein deutlich erhöhtes Budget für Frontex vorgesehen, sodass die bisher 1.200 Mitarbeiter*innen bald auf 10.000 anwachsen sollen.
http://www.deutschlandfunk.de/eu-aussengrenze-wieder-mehr-fluechtlinge-in-griechenland.1773.de.html?dram:article_id=417382 (08.05.18)

Bund, Land, Kommune

- Dass sich am 03. Mai Geflüchtete in Ellwangen dagegen wehrten, dass ein Mensch abgeschoben werden sollte, ist bekannt. Dass es zur Gegenwehr kam dürfte kaum überraschend sein, schließlich geschehen Abschiebungen gegen den Willen von Individuen. Am Ende gesteht auch die Polizei ein, dass der Widerstand in Ellwangen mit Sicherheit kein Gewaltexzess war, wie es teilweise berichtet wurde. Danach verselbstständigte sich die Debatte. Der Rechtsstaat sei in Gefahr, zumindest behauptet das die CSU, Dobrindt redete tatsächlich davon, dass Klagen wider den Rechtsstaat seien, Anwälte*innen und NGOs wurden kriminalisiert. Michael Kretschmer, sächsischer Ministerpräsident, forderte in der

Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, dass Ländern, aus denen Menschen fliehen und die bei Abschiebungen „nicht kooperieren“, die Entwicklungshilfe entzogen werde. Unterm Strich: in den letzten zwei Wochen war alles dabei, was national-autoritäre Rhetorik zum gegebenen Zeitpunkt so hervorbringen kann, Eskalationspotential nach oben offen.

Kritik gab es dennoch: der Deutsche Anwaltverein spricht davon, dass Dobrindt mit einer solchen Wortwahl den Rechtsstaat gerade aushöhle und nicht stärke. PRO ASYL warnt davor, die Vorfälle für die Errichtung von „Ankerzentrum“ genannten Lagern zu instrumentalisieren. Die *taz* hat recherchiert und dann berichtet, sie sei hier verlinkt neben dem Appell der Geflüchteten aus Ellwangen. Diverse Zeitungskommentare arbeiteten sich an Dobrindt und seinen Getreuen ab.

Der Mensch togolesischer Staatsbürgerschaft, der aus Ellwangen nach Italien abgeschoben werden sollte, landete gestern in Mailand.

<http://www.taz.de/Neuer-Blick-auf-Vorfall-in-Unterkunft!/5500584/> (03.05.18)

<https://www.zeit.de/news/2018-05/05/pro-asyl-warnt-vor-instrumentalisierung-der-vorfaelle-von-ellwangen-180505-99-180447> (05.05.18)

<https://www.tagesspiegel.de/politik/anti-abschiebe-industrie-anwaltverein-alexander-dobrindt-hoehlt-den-rechtsstaat-aus/21250706.html> (07.05.18)

<https://www.zeit.de/news/2018-05/15/togoer-im-zweiten-anlauf-nach-italien-abgeschoben-180515-99-316589> (15.05.18)

PM der Geflüchteten Ellwangen veröffentlicht auf der Website des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: <http://fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-ansicht/viel-wurde-ueber-uns-geredet-jetzt-reden-wir.html> (08.05.18)

- Die Gewerkschaft der Bundespolizei will keine Haftpolizei sein. Dass Polizist*innen die „Ankerzentrum“ genannten Lager bewachen sollen, weist die Gewerkschaft zurück und schlägt vor, die Grenzen wieder verstärkt zu kontrollieren.
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ankerzentren-bundespolizei-abweisungen-grenzen-einwanderer> (06.05.18)
- Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten verabschiedet. Gerade einmal 1.000 Menschen pro Monat soll demnach die legale Einreise nach Deutschland ermöglicht werden. Das Auswärtige Amt hat bereits 26.000 Anträge auf Familiennachzug registriert. Der Geschwisternachzug wird weiterhin nicht möglich sein, sodass sich Eltern vor die unerträgliche Wahl zwischen ihren Kindern gestellt werden sehen. Dass die Auswahl der 1.000 nach humanitären Kriterien erfolgen soll, ist angekündigt und insoweit eine Frechheit, als dass davon ausgegangen werden kann, dass eine Familientrennung an sich bereits eine humanitäre Härte darstellt.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familiennachzug-fuer-fluechtlinge-kabinetts-beschliesst-neuregelung-a-1206964.html> (09.05.18)
- Das Oberlandesgericht München hat geurteilt, dass Kirchenasyl kein inlandsbezogenes Abschiebungshindernis und damit eine Duldung begründe.
<https://www.mdr.de/religion/kirchenasyl-schuetzt-nicht-vor-abschiebung-100.html> (04.05.18)
- Die sächsische CDU will vorbildlich und konsequent abschieben, ergo meldet sie sich freiwillig für die Errichtung eines „Ankerzentrum“ genannten Lagers. Sechs Lager sollen bereits im Herbst in einer Pilotphase in Betrieb genommen werden. Dagegen sprachen sich der SFR, der Paritätische Wohlfahrtsverband Sachsen gemeinsam mit der sächsischen Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie Sachsen sowie Integrationsministerin Petra Köpping aus. Sie sieht durch ein solches Lager gar die innere Sicherheit gefährdet. Die sächsische SPD als solche sowie Grüne und Linke lehnen die Lager ab.
Es ist nach wie vor schwer, abzuschätzen, wie genau die „Ankerzentrum“ genannten Lager ausgestaltet werden sollen. Ein rechtliches Konzept fehlt bisher, es bleibt bisher nur bei politischen Ankündigungen von CDU und CSU. Unter anderem gedenken sie, Verwaltungsrichter*innen in oder nahe bei den Lagern zu stationieren.

<https://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-errichtet-ankerzentrum-fuer-asylbewerber-3931061.html> (04.05.18)

<https://www.mdr.de/sachsen/politik/kritik-an-einrichtung-ankerzentrum-in-sachsen-100.html> (08.05.18)

<http://www.fr.de/politik/cdu-csu-richter-sollen-in-ankerzentren-ueber-asyl-entscheiden-a-1502361> (08.05.18)

<https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Koepping-Asyl-Ankerzentrum-gefaehrdet-innere-Sicherheit-artikel10204112.php> (11.05.18)

Dass „Ankerzentrum“ nur ein euphemistischer Begriff für Lager sei, argumentiert Thomas Hoffmann vom SFR im Interview mit *MDR aktuell*. Er erinnert daran, dass die deutsche Geschichte im Grunde eine eindeutige Lehre über Lager mitbringe. Auch wenn es im juristischen Sinne keine Haft sei, die dort vollzogen werde, der Eindruck, dass Menschen dort eingesperrt sind, verfestige sich deutlich für Außenstehende, genauso aber auch für die sich im Lager befindlichen Menschen. Siehe zu diesem Argument auch den Kommentar von Anne Lehmann in der *taz* unter „Hintergrund und Meinung“.

<https://www.mdr.de/mediathek/infothek/audio-701982.html> (07.05.18)

Unsere PM dazu: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/05/08/pm-anker-zentrum-ist-einer-euphemistischer-begriff-fuer-lager/> (08.05.18)

- Die Abschiebungshaft wird in Sachsen kommen, wohl aber später als gedacht. Juliane Nagel, Mitglied des Landtags für DIE LINKE, spricht von einer politischen Geste gegenüber der Öffentlichkeit. Deutlich werde die Bereitschaft zum unbedingten Abschieben signalisiert und selbst das Mittel der Haft dafür eingesetzt. Es bleibt dabei: Flucht ist kein Verbrechen. Für den 3. Juni planen wir eine Demo gegen Abschiebungshaft. Start ist 15 Uhr am Dresdner Hauptbahnhof. Infos unter sfrev.de
<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Abschiebe-Zentrum-kommt-spaeter-und-wird-teurer> (11.05.18)
- In Wurzen sind Denkmäler, darunter Stolpersteine für die 1943 im Vernichtungslager Sobibor ermordete Familie Seligmann, sowie Wohnhäuser von Faschist*innen beschmiert worden. Seit Monaten kommt es in Wurzen immer wieder zu Angriffen und Drohungen von Nazis auf Geflüchtete und Unterstützer*innen. Im Fokus steht insbesondere das Netzwerk für Demokratische Kultur.
<https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/grimma-oschatz-wurzen/wurzen-erneut-rassistische-schmierereien-100.html> (09.05.18)
- Der vollkommen sinnbefreite Begriff „Wertekunde“ für geflüchtete Kinder und Jugendliche war noch so eine Forderung, die herumgeisterte. Der Deutsche Lehrerverband wie die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft weisen darauf hin, dass es generell, für alle Kinder und Jugendlichen, gar nicht mal so schlecht wäre, wenn politische Bildung beziehungsweise Wissen über Demokratie und Rechtsstaat wieder verstärkt Eingang in die Lehrpläne finden würden.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schulunterricht-lehrerverband-unterstuetzt-wertekunde-forderung-aber-nicht-nur-fuer-fluechtlinge/21254728.html> (08.05.18)
- Und auch Herr Lindner von der FDP war rassistisch unterwegs. #bäcker
<http://www.sueddeutsche.de/politik/abschluss-des-fdp-parteitages-reden-ueber-russland-und-fluechtlinge-1.3977380> (13.05.18)

Hintergrund und Meinung

- Wann auch immer Menschen an den Rand gedrängt, isoliert und kriminalisiert werden, heiße es: Obacht, nie wieder, kommentiert Anna Lehmann in der *taz*. Die Rhetorik gerade von CSU-Politiker*innen nach den Ereignissen in Ellwangen versuche, Geflüchtete zu delegitimieren und den Grundstein für die Kasernierung nach ungarischen Vorbild zu legen. Lehmann zitiert den Soziologen und Philosophen Zygmunt Bauman, der davon ausgeht, dass der Holocaust nur deswegen möglich war, weil ihm voraus die moralische und rechtliche Isolation der späteren Toten vorausging. Als die Massenvernichtung einsetzte,

war diese nicht von großen Gefühlen, sondern von einem tödlichen Schweigen begleitet. Die Gesellschaft sei zu dem Zeitpunkt bereits gelähmt gewesen.

<http://www.taz.de/Kommentar-Ellwangen-und-Asylpolitik/!5503587/> (04.05.18)

- *Zeit Online* mit einer Reportage über Pornografie, in der geflüchtete Frauen oder Menschen, die geflüchtete Frauen darstellen, sexualisiert werden. Die rein beschreibende Reportage problematisiert nicht weiter außer dass es sich um Bilder der Dominanz weißer Männer über nicht-weiße Frauen handele und zeigt auf, wie mit dem Jahr 2015 entsprechende Begriffe bei Online-Anbietern pornografischer Inhalte öfter gesucht worden.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-05/sexismus-refugeeporn-fluechtlinge-pornografie-deutschland-analyse> (15.05.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe